

Vortrag bei der Internationalen Münchner Friedenskonferenz am 6.2. 2015, München  
(Zwischenüberschriften und redaktionelle Kürzungen von Thomas Rödl)

## **Dr. Karl Grobe-Hagel:      Zivile Alternativen im Ukraine-Konflikt**

### **<Vorgeschichte>**

Es wäre doch schön, wenn NSA, die ja alles mithört, das, was heute Abend hier gesprochen worden ist, 500 Meter weiter transportieren würde. Ich fürchte nur, dass die Herrschaften dann wieder die falschen Schlüsse daraus ziehen. Dafür sind sie ja nun lange genug bekannt.

Das ist in der Ukraine ähnlich so passiert. Ich möchte Ihnen zunächst auf zwei Karten eine Sichtweise ins Gedächtnis rufen, die sie natürlich kennen.

Dies war die lang andauernde Konstellation des Kalten Krieges. Zwei Blöcke.

Sie sehen die Schrift „keine WP Teilnahme-Rumäniens“ eingeblockt. Rumänien spielte im Rahmen des Warschauer Paktes die Rolle eines halb unbeteiligten Dritten. Ähnlich Frankreich, das sich aus den militärischen Kommandostrukturen der NATO raushielt.

Aber beide taten nichts für eine Entspannung zwischen den Blöcken. Das taten die Völker Ost- und Ostmitteleuropas. 1989 und folgende veränderte sich dieses Bild. Es entstand eine ganz andere NATO, als die, die vorher da war. Und der Warschauer Pakt, den wir eben noch in Rot gesehen haben, existiert nicht mehr. Was war da passiert?

### **<NATO- Erweiterung>**

1989/90 im Zusammenhang mit den 2+4-Gesprächen über Deutschland wurde auch über das Schicksal der Ukraine mitbestimmt. Nämlich mit einer dreifachen Zusicherung wichtiger NATO-Politiker an die Adresse damals Michail Gorbatschows und Boris Jelzin. Der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der NATO-Generalsekretär Manfred Wörner und der US-Außenminister Baker haben gleichlautend den russischen Vertretern erklärt:

Die NATO geht – so die Maßeinheit von Baker – „keinen Inch“, keine zwei-drei Zentimeter weiter in Richtung Osten. Das war eine Zusage. 1990.

1994 folgte ein Abkommen, eine Garantieerklärung über die inzwischen selbständige Ukraine. USA, Großbritannien, Russland erklärten:

Dieser neu selbständig gewordene, jetzt drei Jahre neu bestehende Staat Ukraine hat unverletzliche Grenzen. Das war für die damalige ukrainische Führung die Voraussetzung, ihre Atomwaffen, die sie aus dem sowjetischen Bestand behalten hatte, an Russland abzugeben. Und es gibt heute in der Ukraine gewisse Kräfte, die sagen: Hätten wir das bloß nicht getan!

Die verweisen auf Nordkorea, das ja sein Programm durchzieht oder auch nicht.

Ich weiß nicht, was NSA darüber mehr weiß als was in japanischen oder ostasiatischen Zeitungen in englischer Sprache veröffentlicht ist, wobei die englischen Ausgaben meistens interessanter als die einheimischen sind - etwas offener, etwas ehrlicher.

Das soll es halt geben, dass man dem eigenen Volk nicht alles erzählt, was man weiß. Aber sich nach außen – regierungsamtlich oder auch publizistisch - doch weltoffen, liberal und friedlich gibt. Japan ist so ein Beispiel.

Also: Die ukrainische Abrüstung bedeutet, dass dort ein neuer Staat ist, der keinen Krieg will, der sich im Prinzip auf Gewaltfreiheit im Umgang mit anderen Staaten eingestellt hat. Das ist zwar nie so direkt gesagt worden. Aber es ist eine legitime Schlussfolgerung aus den Verträgen, dem politischen Verhalten der verschiedenen Regierungen - so korrupt sie zum Teil auch waren.

Und was passierte danach? Im Jahre 2004 eine erste gescheiterte Revolution, nachdem die innere Verabschiedung vom sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell nicht so recht funktioniert hatte – die Orangene Revolution. Sie scheiterte. Sie scheiterte, weil das Ziel, die Oligarchen zu beseitigen, nicht erreicht wurde, vielmehr eine Oligarchengruppe (die ostukrainische) durch eine andere ersetzt wurde (um Frau Julia Timoschenko, die die Macht zusammen mit der Gruppe um Victor Juschtschenko) und im übrigen außer einem internen Streit der Mächtigen sich nichts änderte.

Dann kam der damals unterlegene Victor Janukowitsch – nun als Präsident – wieder. Seine Wahlmanipulation 2004 hatte zur Orangen Revolution als Auslöser, nicht als Grund, beigetragen. Dass er 2013 als ein korrupter Herrscher vom Volk gestürzt wurde, ist die zweite Revolution. Und die hat wieder einige merkwürdige Nebenerscheinungen.

### <Militärkomponente im EU- Vertragsentwurf>

Die Bewegung auf dem Maidan. Maidan heißt Platz – nicht anderes. Das Wort kommt aus dem persischen Sprachbereich. Wir nehmen den Begriff Maidan als Synonym für die Aufstandsbewegungen, die Protestbewegungen.

Die Bewegung vom Herbst 2013 zwang Janukowitsch zum allmählichen Rückzug, und als seine Regierungsmannschaft im November 2013 vor der Auflösung – oder vor der Flucht – stand, kamen dann die drei Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs und Polens nach Kiew und machten – was sie meinten – einen realistischen Vorschlag: Janukowitsch sollte bis Jahresende 2014 im Amt bleiben, dann sollten Präsidentenwahlen stattfinden – und im übrigen war Friede, Freude, Eierkuchen angesagt. Die Ukraine würde ein Glied der Völkergemeinschaft werden und – was Janukowitsch im letzten Augenblick verweigert hatte – ein Beitritt zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im weitesten Sinne würde dann folgen. Das fanden wir ja alle wunderbar.

Aber keiner hat uns damals so richtig darüber ins Bild gesetzt, dass der EU-Vertragsentwurf, den Janukowitsch im letzten Augenblick dann nicht unterschrieb, militärische Klauseln enthielt. Also doch ein Vormarsch der NATO über die hier sichtbaren Grenzen hinaus. Aber selbst die haben ja schon etwas wie einen Hautgout, einen sonderbaren Geruch. Estland, Lettland, Litauen, die drei baltischen Staaten waren, wenn auch annektiert – und zwar annektiert in der Folge eines Abkommens zwischen Hitler und Stalin, mit deutscher Beteiligung also. Diese drei Staaten waren danach (1941 bis 1991) Sowjetrepubliken. Und da ist nun NATO-Land, neuerdings werden dort ständige Stützpunkte angelegt. Nicht, dass da ständige NATO-Truppen stünden. So geht das nicht. Ein halbes Jahr kommen die Deutschen. Dann packen sie ihre Rucksäcke und für sie kommen Italiener. Nahtloser Übergang – für das nächste halbe Jahr. Und dann kommen vielleicht Franzosen, oder Briten oder Amerikaner.

Nahtloser Übergang. Das sieht doch verdammt nach einer ständigen Besetzung dieser Stützpunkte aus.

### <Kuba 1962>

Nun bitte ich Sie, sich einmal zu erinnern an das Jahr 1962. Damals war der Machtkampf zwischen den beiden Blöcken (Ostblock-Westblock; Warschauer Pakt-NATO) weltweit im Gange. Die Sowjetunion – damals gab es sie ja noch - fühlte sich gewissermaßen im Aufwind, weil die kolonialen Befreiungsbewegungen in Afrika den Imperialismus besiegt hatten. Und dies auch vor der Haustür der USA, in Kuba.

Als die Sowjetunion dort einen Militärstützpunkt einrichtete und dann auch noch Kurzstreckenraketen dort zu stationieren versuchten, die notfalls Washington hätten erreichen können, war das für die Brüder Kennedy, Präsident John und Justizminister Robert, der Casus Belli.

Da stand die Welt einige Tage vor der banger Frage: Wer schießt zuerst?

Stellen Sie sich mal vor, was es heute aus der Sicht der russischen Führung bedeutet, wenn in Estland 4 bis 5 Autostunden von St. Petersburg entfernt eine ständig besetzte NATO-Basis entsteht.

Die <NATO> braucht <dann> keine Mittelstreckenrakete, die braucht nur Fahrzeuge.

Jetzt vergleichen Sie die Reaktionen: 1962 kam es gewissermaßen im letzten Augenblick zu einer Einigung der Präsidenten, d.h. des Präsidenten Kennedy und des Generalsekretärs Chruschtschow mit dem Ergebnis: Russland – die Sowjetunion – zieht ihre Raketen aus Kuba ab. Dafür ziehen die USA ihre Raketen aus der Türkei ab. Das wurde uns aber damals gar nicht so recht publiziert. Wir haben einen Sieg gefeiert. Wir - der Westen. Es war ein Sieg trotzdem für die konservativen (reaktionären kann man wohl sagen) Kräfte in der Sowjetunion, die dann zum Sturz Chruschtschows beitrugen. Beitragen - nicht ihn verursachten.

Nun stellen Sie sich vor, die Stützpunkte der NATO in den drei baltischen Staaten bleiben bestehen.

Die Ukraine bleibt, was sie ist, ein neutraler Staat, der möglicherweise dann doch mit der EU ins Gespräch kommt. Das heißt für die russische Führung – das muss man sagen, ohne unbedingt als Putinverstehler diskriminiert zu werden – das heißt für die russische Führung eine ständige Bedrohung, der ständige Blick auf eine diplomatische weltpolitische Niederlage, die erniedrigt. Und wir haben gerade gehört, was

Erniedrigung auch für Reaktionen nach sich zieht. <Bezug zum Vortrag von Fr. Luithlen>  
500 Meter von hier denkt wohl keiner so weit. Da geht es darum, den gewaltsamen Eingriff Putins – wie der Spiegel meinte und andere – im Donbass und die gewaltsame Annexion der Krim zu kompensieren.

### <Geschichte und Situation auf der Krim>

Der Krim? Was ist da passiert?

Nun, da müssen wir ein wenig die Ukraine anschauen. 2005 bei der Präsidentenwahl ergaben sich 2 Lager. Das Lager des Kandidaten Viktor Juschtschenkos, der dann auch Präsident wurde, und das Lager Viktor Janukowitschs. Halbe-Halbe beinah. Und eine sehr deutliche Grenze, deren Tiefe Sie an den Prozentzahlen sehen können. Hier 66 gegen 68 Prozent, dort 63 gegen 61, 84 Prozent in der Bukowina und anliegenden Regionen gegen 67, 66 Prozent rund um Odessa und im Hinterland. Eine ganz klare Trennung. Die hat zu tun mit der Sprachtrennung. Und diese Karte aus dem Jahr 2001 gilt bis heute. Und hier kommt einer der Gründe zum Vorschein, weshalb die ukrainische Krise innenpolitische Gründe und nicht etwa nur außenpolitische hat. Das hier blau dargestellte Gebiet ist das der überwiegend ukrainischen Sprache. Die westliche Hälfte davon hat eine Tradition, die doppelbödig ist. Sie hat einmal die österreich-ungarische, genau genommen die österreichische Vergangenheit. Lemberg war 1914 die viertgrößte Stadt Österreichs – nach Wien, Prag und Triest. Ungarn und Österreich hatten sich 1867 ja auf eine Trennung gütlich geeinigt, unter einem Monarchen zu bleiben. Lemberg war österreichisch. Lemberg, im westlichsten Zipfel der heutigen Ukraine gelegen, hat nach wie vor Züge west- oder mitteleuropäischer Architektur, eine reiche religiöse Vielfalt. Es gibt dort unter anderem eine starke armenische Gemeinde, es gibt christliche Gemeinden verschiedener Observanz. Religionsgegensätze innerhalb des orthodoxen Glaubens – der „Ostkirchen“ – sind im ukrainischen Sprachgebiet auch politisch wirksam.

Nach der Eroberung der Ukraine 1783 durch Katharina die Große aus Anhalt-Zerbst wurde die orthodoxe Kirche Moskauer Richtung unter dem Moskauer Patriarchen federführend. Doch gibt es zwei weitere orthodoxe Kirchen, die zwar miteinander verfeindet, aber beide antimoskowitzisch sind. Seit der Unabhängigkeit besteht nämlich eine orthodoxe Kirche unter dem Kiewer Patriarchen und eine weitere, vor der Unabhängigkeit im Untergrund befindliche ukrainisch-orthodoxe Kirche.

Aber im Westen der Ukraine ist es noch komplizierter. Da gibt es außerdem die Unierte Kirche oder Griechisch-Katholische Kirche. Der Ritus ist orthodox, wie in den Ostkirchen, das Oberhaupt der Unierten ist aber der Papst.

Zwischen diesen vier christlichen Konfessionen gibt es erbitterte Kämpfe, die darauf zurückzuführen sind, dass drei von denen ihren früheren Besitz aus der Zeit vor der Revolution von 1917 oder vor dem Anschluss in Folge des Hitler-Stalin Paktes wiederhaben möchten. Die andere beharrt darauf, dass ja alles russisch-orthodox und damit rechtens sei. Diese russisch-orthodoxe Kirche ist mit der Regierung Putin derart eng verbandelt, dass man fast jede ihrer Äußerungen als Regierungsäußerung ansehen kann.

Dann bestehen zwei Sprachgebiete: Die Krim und im weitesten Sinne die Gegend, die man heute Donbass nennt. Luhansk, Donetsk, die beiden Regionen und die Krim sind überwiegend russisch-sprachig. Das liegt daran, dass in der Industrialisierung seit dem Ende des 19. Jh. und vor allem unter der Sowjetunion russischsprachige Facharbeiter einwanderten, im weiteren Südosten auch russische Bauern, darüber hinaus Bauern aus ganz Europa, die schon Katharina die Große holte, deren Muttersprache eben nicht ukrainisch war.

### <traditionelle Konfliktlage in der Ukraine>

Auf dem flachen Land ist Ukrainisch die Muttersprache geworden oder geblieben. In den Städten und Industriegebieten ist russisch die Umgangssprache bis heute. Die Sprachspaltung ist ein Element dreier Entwicklung, dass die Krim (mit 58 Prozent russischer Bevölkerung) Teil Russlands geworden ist. Nicht freiwillig und doch freiwillig.

Darin steckt eine merkwürdige Dialektik. Putin behauptet, die Krim war ja vorher immer russisch und erst 1954 ukrainisch geworden. Das stimmt so nicht. Bis 1783 war sie 500 Jahre lang tatarisch. Die Krimtataren lebten und regierten dort. Zuletzt im Bündnis oder angeschlossen ans türkisch-osmanische Reich. Das war nichts mit Russland. Russen sind erst Herrscher über die Südukraine und die Krim erst nach 1783. Damals begann eine Massenflucht der Krimtataren ins Osmanische Reich. Danach hat sich die Bevölkerung

verändert. Das Bevölkerungswachstum der Russen war größer als das der anderen. Ukrainer sind vor 1940 kaum auf die Krim gezogen. Wenige Bauern. Aber Bauern waren ja nicht frei. Es führt zu weit, diese Geschichte hier noch auszuführen.

Donbass – auf dieser Karte hervorgehoben – ist geteilt zwischen den Bereichen rund um die Stadt Luhansk und rund um die Stadt Donezk bis zur russischen Grenze hin.

Das ist das heutige Kriegsgebiet, um das der Konflikt geht. Und dann ist die Frage, wie kommen wir aus diesem Konflikt raus. Und das ist der Gegenstand der Broschüre, auf die Herr Ronnefeldt eben hingewiesen hat.

Dazu noch eine Bemerkung: Die Frankfurter Rundschau hat am 3. Januar aus der Feder von Viktor Funk, der aus der ehemaligen Sowjetunion stammt, folgendes festgehalten:

„Im vergangenen September äußerte ein hochrangiger EU-Vertreter in Kiew: Die Ukrainer wollen Konsens, Marktwirtschaft, Freiheit und auch Demokratie“. Er hat dazu geschrieben, dass „Marktwirtschaft unter der Ägide des internationalen Währungsfonds und der Weltbank durchaus zu größerer und rasch steigender Ungleichheit der Bevölkerung führt“ und zu den sozialen Konflikten, von denen wir gerade gehört haben. Aber egal. Die Reihenfolge – schreibt Viktor Funk - sagt viel aus. Sie „spiegelt die Interessen des kapitalistischen Westens, denn der Krieg in der Ukraine ist ein Krieg um ein geostrategisches Filetstück: Es geht um Kohle, Gas, die Kornkammer der Welt, billige Arbeitskräfte und neue Konsumenten. Deshalb beansprucht auch das neokapitalistische Russland diese Region; nur dass Russland den Ukrainern weniger Freiheit und eine ganz eigene Art von Demokratie anzubieten hat“. Also ein Interessenkonflikt, der gesellschaftspolitisch und wirtschaftlich ist.

Welche Interessen bestehen da noch?

Es besteht die Gefahr einer Eskalation – das haben wir gerade gehört.

### <Vorschläge zur zivilen Bearbeitung>

Der Ausweg könnte so aussehen:

\* Die NATO und Russland erklären, sie wollen auf keinen Fall den Konflikt militärisch austragen (das ist, was ich heute von 500 Meter weiter oder aus Moskau von Hollande und Merkel erwartet hätte. Kommt aber so nicht).

\* Deshalb sollte zwischen NATO und Russland ein rotes Telefon und ein entsprechender Krisenstab eingerichtet werden.

\* Die NATO im nächsten Schritt begrüßt diese Erklärungen und bietet Hilfe zur Deeskalation an. Wie gesagt, das sind unsere Ziel-Weg-Vorstellungen. Das ist nicht - noch nicht - Realpolitik.

\* Russland stimmt diesem Vorschlag zu und beteiligt sich an dessen Verwirklichung.

\* Die NATO erklärt daraufhin, sie beabsichtigt nicht, die Ukraine als Mitglied aufzunehmen und auch nicht in anderer Form mit ihr militärisch zu kooperieren.

\* Die EU erklärt, sie betrachte alle Teile des mit Kiew abgeschlossenen Assoziierungsabkommens, die sich auf militärische Lösung der Kooperation beziehen, als ungültig.

\* Einige Schritte weiter erinnern die USA Russland an den bilateralen Vertrag vom 13.1.1994 - Sie erinnern sich - der Grenzgarantien für die Ukraine, und atomare Abrüstung der Ukraine bedeutete.

\* Die NATO zieht im weiteren Verlauf ihre Streitkräfte wieder ab, die sie in Mitgliedsstaaten, an Russland grenzend stationiert hat. Das sind Estland, Lettland, Litauen.

\* Kiew fordert eine neue Volksabstimmung auf der Krim über deren Sezession.

Dabei wird Russland vorab vertraglich zugesichert, dass das Areal um den russischen Kriegshafen Sewastopol unabhängig vom Ausgang des Referendums exterritoriales Gebiet Russlands bleibt. Für Russland ist das eine wohl unabdingbare Forderung.

Die Volksabstimmung sollte unter strikter Kontrolle der OSZE erfolgen. Man kann drüber streiten, ob nicht die UN insgesamt diesen Vorgang kontrollieren sollte.

\* Und Russland muss sich verpflichten, alle Rechte der Krimtataren, kulturelle und sprachliche, zu respektieren. Das ist zur Zeit nicht der Fall. Der weltweit legitimierte Sprecher der Krimtataren, Mustafa Dschemilew – ich habe ihn mal kurz kennengelernt vor nun auch schon wieder 10 Jahren – ist ein Mensch, den man als den Gandhi der Krimtataren bezeichnen könnte, ein absolut in sich ruhender, gewaltfreier Mensch, Vertreter in der Organisation Medschlis, also der Versammlung der großen Mehrheit der Krimtataren und zwar jener Krimtataren, die auf der Halbinsel siedeln können, ohne dauernden Schikanen ausgesetzt zu sein. Die gibt's nämlich auch. Das wäre ein wesentlicher Schritt.

\* Am Ende des Ganzen würde eine Erklärung stehen, dass Kiew Armenien, Aserbeidschan, Georgien und Moldawien auffordert, ebenfalls neutral zu bleiben, sich nicht der NATO und auch keinem anderen Militärbündnis anzuschließen und bestehende Differenzen, die es gibt, zum Beispiel Transnistrien mit Moldawien, Karabach im Kaukasus, friedlich zu lösen.

\* Anschließend verzichtet die NATO darauf, sich um einen Beitritt dieser Länder zu bemühen, falls diese sich für neutral erklären wollen. Heißt aber auch: die NATO verzichtet endgültig darauf. Das sind also die Schritte, die Sie viel differenzierter in diesem Heft des Monitoring-Projekts nachlesen können.  
[http://www.koop-frieden.de/fileadmin/Dossiers/dossierVII\\_ukraine\\_15sept.pdf](http://www.koop-frieden.de/fileadmin/Dossiers/dossierVII_ukraine_15sept.pdf)

Einige dieser Ideen, die wir hier aufgeschrieben haben, stehen auch in dem Memorandum der 60 altgedienten Politiker und Wirtschaftler, das vor einem Vierteljahr etwa verfasst worden ist und von unseren Massenmedien kaum erwähnt wurde. Tagesschau, Tagesthemen, die hatten glaube ich Sportereignisse, die wichtiger waren, und die Tagespresse hat halt wenig Platz. Da kommen dann solche Außenseitermeldungen nicht mehr vor. Und damit teilen Leute wie Gerhard Schröder (über den man denken kann, was man möchte – ich habe eine kritische Meinung zu ihm) das Schicksal, das wir hier in dieser Versammlung haben. Wir laufen am Rande mit. Die Musik spielt 500 Meter weiter und nimmt nicht wahr, was hier gedacht wird. Sie handelt nur.